Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 11

Artikel: Gesamtverteidigung ohne Illusionen
Autor: Adank, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338421

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dr. Hans Adank

Gesamtverteidigung ohne Illusionen

General Herzog hat in seinem Bericht, den er 1871 dem Bundesrat unterbreitete, mit Nachdruck vor Illusionen gewarnt: «Nichts ist für das Vaterland gefährlicher, als wenn man sich Illusionen hingibt . . .»

Illusionen werden meistens nicht klar formuliert, sondern verschleiert suggeriert. Eine Meinungsumfrage würde bald offenbaren, dass die meisten Eidgenossen der Ansicht sind, unser Kriegspotential würde sehr wahrscheinlich genügen, einem Gegner die Invasion «abzuraten». Ich halte für typisch, was ein Oberrichter[1] am Anfang dieses Jahres im «Profil» geschrieben hat: «Er (der einsame Sozialdemokrat) hält unsere militärische Landesverteidigung nach wie vor für unentbehrlich. Nicht weil er glaubt, unsere Armee könnte einen Angreifer besiegen. Aber weil sie, gut ausgebildet und ausgerüstet, für jede Kriegspartei einen Faktor bilden wird, den er in Rechnung zu stellen hat und für dessen Überwindung sich möglicherweise die eigenen Opfer nicht lohnen.» Nicht nur «einsame Sozialdemokraten» haben diese Klischeevorstellung ihrem geistigen Habitus einverleibt, sondern die ganze schweigende Mehrheit und auch die Mehrheit derer, die lieber nicht schweigen. Ich möchte nicht unterstellen, diese Vorstellung sei schon eine Illusion. Sie könnte es aber sein, denn wir müssen folgendes bedenken:

1. Wir nehmen im allgemeinen an, ein möglicher Gegner habe von der Kampfkraft der Schweizer Armee die gleich hohe Meinung wie wir selber.

2. Wir neigen der Ansicht zu, der Feind mache die gleiche Rentabilitätsrechnung, die wir selber machen würden. Wir vergessen, dass ein ideologisch präpariertes und fanatisiertes Heer Opfer bringen kann, die in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen stehen.

3. Wir vergessen, dass der Feind uns ebenfalls eine Rentabilitätsrechnung präsentieren kann. Er lässt zum Beispiel 40 mechanisierte und lufttransportierte Divisionen rund um das Land aufmarschieren und stellt 2000 Flugzeuge bereit. Dann räumt er uns 24 Stunden ein, um uns für Anpassung oder Widerstand zu entscheiden.

4. Der «hohe Eintrittspreis» ist ein beliebtes Schlagwort geworden, an dem wir unser militärisches Selbstbewusstsein aufrichten. Wir denken nicht daran, dass wir selbst diesen Eintrittspreis bezahlen müssten. Braucht es dazu einige Belege aus der jüngsten Geschichte? Polen hatte von 1939 bis 1945 4,3 Millionen Tote zu beklagen, davon 4,2 Millionen Zivilisten; Jugoslawien: 1,7 Millionen Tote, davon 1,4 Millionen Zivilisten; Griechenland: 160 000 Tote, davon 140 000 Zivilisten; Frankreich: 600 000 Tote, davon 350 000 Zivilisten. Die Liste könnte verlängert werden, aber das bisher Gebotene zeigt hinlänglich, dass der «Eintrittspreis»

[1] Dr. Robert Levi, «Der einsame Sozialdemokrat», «Profil» 1/1971.

hauptsächlich von der einheimischen Zivilbevölkerung entrichtet wird. Ein gut gerüsteter Angreifer hat nur einen Bruchteil der Verluste des Angegriffenen zu erleiden.

«Pessimismus in der Vorbereitung?»

Wer nun aber glaubt, diese Ausführungen zielten auf die Empfehlung des passiven Widerstandes, befindet sich im Irrtum. Zwar ist die gewaltlose Haltung mit Bezug auf das Überleben die rentabelste Art der Verteidigung. Dänemark hatte von 1940 bis 1945 nur 1400 Tote zu beklagen, also ziemlich genau die Zahl der Verkehrstoten in der Schweiz während eines Jahres. Dennoch halte ich den passiven Widerstand für unmöglich. Er ist nicht vereinbar mit unserem Volkscharakter und mit unserer Liebe zur Unabhängigkeit. Selbst wenn der Bundesrat unter dem Druck einer angedrohten Apokalypse kapitulierte, würde der Krieg trotzdem stattfinden. Es ist eine geschichtsnotorische Tatsache, dass extreme Situationen auch extreme Lösungen provozieren. Wo immer die Vitalität eines Volkes noch nicht völlig erschlafft ist, bildet sich eine entschlossene Minderheit, welche ein «Friedensabkommen» zwischen einer Übermacht und einer Ohnmacht nicht akzeptiert und sich in offener Rebellion sowohl gegen die legale Regierung als auch gegen die Besetzungsmacht auflehnt. Daraus entstünde ein wilder, illegaler Krieg, eventuell sogar ein Bürgerkrieg zwischen Widerständlern und Anpassern.

Ein von unseren Strategen gern zitiertes Wort ist der Ausspruch des «Mahners der Zwischenkriegszeit Karl Meyer», der als Grundsatz aufstellte: «Pessimistisch in der Vorbereitung, optimistisch in der Ausführung.» Von Pessimismus ist in den Ausführungen der Studienkommission nicht viel zu spüren. Das Landesverteidigungskonzept von 1966 wird im grossen und ganzen beibehalten. Wir konservieren unsere «Grossmachtarmee in Taschenformat». Den Krieg – unsern Krieg – stellt man sich vor wie den klassischen Ablauf der üblichen Divisions- und Armeekorpsmanöver. Etwa so: «Morgens um 3 Uhr überschreitet Rot die Schweizer Grenze bei Erzingen und befindet sich sogleich im Kampf mit den blauen Truppen. Um 4 Uhr erfolgt ein Angriff bei Stühlingen, und eine Stunde später stösst Rot mit starken mechanischen Kräften beidseits der Aaremündung nach Süden.» Rot darf allerdings nicht allzu schnell vorrücken, weil sonst die nicht mechanisierten blauen Truppen in der Übung zu kurz kämen. Ein Manöver ist so etwas wie ein Match, bei dem die beiden Gegner der gleichen Stärkeklasse angehören. Die Wirklichkeit sähe vollkommen anders aus. Der mögliche Feind ist mit Flugzeugen, Panzern und Raketen viel besser ausgerüstet als wir selber. Man braucht kein grosser Stratege zu sein, um die Vorteile jedes Angreifers zu kennen. Er wählt für seine Aggression den für ihn günstigen Zeitpunkt aus, er bestimmt den Ort der Operationen und hat für sich das Element der Überraschung. Der Nichtangreifer muss warten .

Unsere Divisionen würden gegenüber einem Gegner, der über die absolute Luftüberlegenheit verfügt, einen schweren Stand haben. Man darf auch nicht ausser acht lassen, dass der Angreifer, abgesehen von der überlegenen Bewaffnung, eine längere Ausbildung hinter sich hat und vielleicht schon über eine gewisse Kriegserfahrung verfügt. Man braucht nicht unbedingt ein Anhänger Maos zu sein, um ihm recht zu geben, wenn er sagt: «Den Krieg lernt man nur im Krieg.» Den Krieg, den unsere Divisionen in den Manövern üben, können unsere Milizen niemals lernen. Dazu reicht die Zeit nicht aus, und es fehlt uns auch der nötige Raum. Es ist nämlich ein gewaltiger Unterschied, ob man diesseits der Grenzen einige tausend oder nur einige Dutzend Kilometer für Truppenbewegungen zur Verfügung hat.

Die moderne Bewaffnung mit weitreichenden Raketen, überschallschnellen Flugzeugen und raschen Panzern ist für grossräumige Operationen geschaffen. Es ist durchaus möglich, dass die Schweiz nur als Korridor zu einem grösseren Operationsgebiet benutzt wird. Die Durchquerung dieses Korridors wäre sicher kein militärischer Spaziergang, aber für die «blauen» Divisionen erheblich verlustreicher als für die «roten». Es ist auch fraglich, ob unsere Bestände stark genug wären, um das teure Lehrgeld für die Erwerbung der unentbehrlichen Kriegserfahrung zu entrichten.

Schwieriger Abschied

Es ist aussichtslos, als ein Mini-Goliath dem Riesen Goliath gegenüberzutreten. Diese Einsicht ist ziemlich weit verbreitet. So wenig wie der am Anfang dieses Artikels zitierte «einsame Sozialdemokrat» glaubt der Durchschnittsbürger, unsere Armee könnte einen Angreifer besiegen. Aber als «Dissuasionsfaktor» (Dissuasion heisst Abratung anstatt Abschreckung. Red.) schätzt er unser Wehrwesen hoch ein. In einem eventuellen dritten Weltkrieg wieder ungeschoren davonzukommen, ist die grosse Hoffnung der «schweigenden Mehrheit». Nun ist es aber eine durch Erfahrung und Beobachtung erhärtete Tatsache, dass innig geliebte Hoffnungen sich auf heimtückische Art und Weise und ganz unmerklich in Illusionen verwandeln. Es ist klar, dass die Verantwortlichen unserer Landesverteidigung den Verdacht, sich Illusionen hinzugeben, entrüstet von sich weisen würden. Tatsache ist aber, dass das Hauptgewicht unserer Rüstungsausgaben auf die Karte der «Dissuasion» gesetzt wird. In den Parlamenten werden vom Steuerzahler immer wieder beträchtliche Opfer verlangt, und diese jährlich wiederkehrenden Aderlasse werden immer wieder hingenommen in der Annahme, man versichere sich so gegen den Krieg und bezahle Prämien für die Erhaltung des Friedens. Unsere Parlamente verstossen so jedes Jahr gegen das elfte Gebot, welches heisst: «Du sollst nicht bluffen.» Man sollte aus einer Armee nicht eine Art Vogelscheuche machen und sich selber und den andern etwas vorgaukeln. Man sollte auch nicht ein Instrument unterhalten, das für den Gebrauch,

für den es bestimmt ist, schlecht taugt und infolgedessen viel zu teuer ist. Wenn ein Parlament jedes Jahr zwischen 1,5 und 2 Milliarden Franken ohne Augenzwinkern bewilligt, muss der Glaube an das Dissuasionspotential sehr stark sein. Wie im Parlament, so ist der Glaube an das «Dissuasionsvermögen» im Volk tief verankert. «Wir sind bis jetzt immer davongekommen. Unsere bisherige Militärpolitik hat sich also bewährt, und es besteht kein Grund, diese zu ändern.» Für diesen festgefahrenen Traditionalismus sind das EMD und die Parlamente voll verantwortlich. Ein Volk, das in einem politischen Klima lebt, das den Konservatismus fördert, wird Mühe haben, sich für die radikale Reform zu entschliessen. Der Abschied von alten, liebgewordenen Vorstellungen ist zu schwer.

Alte und neue Kritik

Die Kritik an unserer Verteidigungskonzeption geht weit ins 19. Jahrhundert zurück. Gottfried Keller, der vom Militärwesen nicht viel verstand, jedoch über eine gewisse Intuition und über gesunden Menschenverstand verfügte, ärgerte sich über das säbelrasslerische Getue gewisser Obersten. Am 14. August 1866 schrieb er seinem Freund Abraham Roth: «... Nichts ist geeigneter, einem altmodischen Menschen den Mut und das Vertrauen so zu benehmen wie das Militärgeschrei, das wir in diesen Tagen, Wochen und Monaten erlebten. Nichts sieht unkriegerischer und erbärmlicher aus als die kleinmütigen, verzweifelten Besprechungen und geschraubten Forderungen bezüglich unseres Kriegswesens. Wenn man vor zehn Jahren von 200 000 sprach, so glaubte man, das Maul sehr voll zu nehmen; jetzt tun's 500 000 nicht mehr, sondern es müssen 800 000 sein ... Das Militärgeheimnis der Schweiz war sonst, dass man eben das tun müsse, was andere nicht tun; daraus gingen die spezifisch schweizerischen Waffentaten hervor; jetzt will man höchstens das tun, was die andern auch können, und da muss man natürlich die gleichen Mittel haben wie die andern.»

Der Ruf nach einer eigenständigen, von ausländischen Modellen unbelasteten Konzeption ist seither nie verstummt. Aber das militärische «Establishment» stellte sich taub und verharrte in einem bequemen Konformismus. In der «Roten Revue» (November-Dezember 1954) veröffentlichte ein Oberst*** einen Artikel über «Armeereform und Landesverteidigung». Dass er seine nonkonformistische Abhandlung nicht mit seinem Namen unterschreiben wollte, ist bedauerlich, aber auch bezeichnend für die Mentalität, die damals in Armeekreisen herrschte. Oberst*** möchte die Armee von der Tradition her modernisieren. Seine persönliche Konzeption kennzeichnet sich durch den radikalen Verzicht auf die Artillerie und auf die Luftwaffe. Er schreibt: «Die Eidgenossen des 14. und 15. Jahrhunderts schufen die Infanterie. Ihr Eigenwille, ehrlich und klar auf den finanziellen, wirtschaftlichen, technischen und bevölkerungspolitischen Gegebenheiten fussend, lohnte sich. Eine Nachahmung ihrer Geg-

ner als Muster hätte sie dazu geführt, Streitrosse, Panzerrüstungen und andere für sie unerschwingliche Requisiten anzukaufen, mangelhaft ausgebildet zu bemannen – und das Westentaschenformat eines Grossmachtheeres hätte doch nicht erfolgreich sein können. Einen ähnlichen wagemutigen Schritt müssen wir heute tun! Aufgaben und Möglichkeiten zu Ende denken und dann im Rahmen einer Gesamtkonzeption aufbauen und ausbilden.»

«Das tun, was die andern nicht tun.» Diese Forderung Gottfried Kellers wiederholt sich auch bei Oberst ***. Man sollte das Wehrwesen unseren Möglichkeiten anpassen und sich offen eingestehen, dass diese Möglichkeiten nicht dieselben sein können wie in einer Grossmacht. Allen seinen Überlegungen liegt unbewusst die archetypische Vorstellung der Morgartentaktik zugrunde. Dieser Archetyp ist ein Motiv, das unterschwellig fast allen Reformbestrebungen innewohnt. Die Strategen, die sich besonders up to date wähnen, pflegen jeweils zu sagen: «Die Zeiten der Hellebarden und Morgensterne sind endgültig vorbei.» Gewiss, aber Morgartensituationen gab es in China, in Kuba, in Algerien und gibt es in Vietnam und Angola jeden Tag unzählige, und es wäre die Aufgabe jeder schwachen Armee, möglichst viele Morgartensituationen zu schaffen.

Die neueste kritische Auseinandersetzung mit unserer Verteidigungskonzeption stammt aus der Feder eines ehemaligen Instruktionsoffiziers der Fliegertruppen, Oberst Pierre Henchoz (Mirages sur la Suisse, 1969). Auch er wendet sich mit Entschiedenheit gegen den festgefahrenen Konformismus sowie gegen die Neigung, in allem das Ausland nachzuahmen: «Wir sind im Begriff, für eine kleine Macht eine Landesverteidigung im Stile einer Grossmacht aufzustellen.» Eine grundlegende Reform sei überhaupt nie erwogen worden. Ohne dass er es irgendwo ausdrücklich zugibt, sind seine Erwägungen stark von den Theoretikern und Praktikern der Guerillataktik inspiriert. Ihm schwebt ein Volkskrieg vor, in dem jeder irgendwie beteiligt ist. Der totale Krieg ist für ihn der alle und alles umfassende Kampf im militärischen und im zivilen Bereich, und beide Bereiche fliessen ineinander über. «Le combattant doit se mouvoir au milieu de la population civile comme un poisson dans l'eau.» Diesen Satz hat Henchoz wörtlich von Mao Tse-tung übernommen. Seite 113 könnte ebenfalls aus der Feder des Vorsitzenden der Volksrepublik China stammen: «La tactique du plus faible et marquée avant tout par une extrême prudence et un maximum d'ingéniosité. Les mots d'ordre sont: mobilité, dispersion, harcèlement. On se replie devant la supériorité numérique locale de l'adversaire, mais on exploite en revanche immédiatement et à fond ses hésitations et ses erreurs.»

Tagt es?

Bis jetzt sind die Befürworter der Guerillataktik nie ernst genommen worden. Sie waren übrigens bis heute sehr selten. Wahrscheinlich deshalb,

weil sie befürchten mussten, von oben her entweder verhöhnt oder abgekanzelt zu werden. Kritik an der Armee wurde bis in die sechziger Jahre immer der Untergrabung des Wehrwillens gleichgesetzt. Den Gedanken, die Schweizer Armee könnte eventuell auch versagen, betrachtete das militärische «Establishment» als eine unverzeihliche und perfide Ketzerei. Eine Partisanenarmee konnte man sich nicht anders vorstellen denn als eine disziplinlose Horde von Heckenschützen. Oberst *** schrieb schon 1954 im vorerwähnten Artikel: «An allen Ecken und Enden der Welt haben wir Militärattachés eingestellt. Und in Griechenland? Es wäre doch sehr interessant gewesen zu untersuchen, wieso sich 25 000 Rebellen (ohne Flieger und ohne Flab, ohne Panzerfahrzeuge usw.) gegen eine modern ausgerüstete, numerisch sicher zehnfache Übermacht so lange hatten halten können! Es war eine richtige Partisanenarmee, improvisiert. Was wir davon übernehmen könnten, wäre das Kampfverfahren.» Diese Worte, kaum geschrieben, wurden auch schon vom Winde verweht. Niemand beachtete sie. 17 Jahre später, im Frühjahr 1971, macht der demissionierende Generalstabschef Gygli einen Besuch in Jugoslawien und wird nach seiner Rückkehr von der «Weltwoche» interviewt. Eine Frage lautet: «Können wir von den Jugoslawen etwas lernen?» In Gyglis Antwort kommt dann der Satz vor: «Wir sollten die Partisanenkriegführung besser kennen lernen.» Wir sollten? Diese vorsichtige Ausdrucksweise ist vielleicht eine Schwalbe, die bekanntlich keinen Sommer macht, aber diese Schwalbe könnte andere Schwalben zum Aufflug reizen, und vielleicht findet «der Sommer» doch noch statt. Im ausführlichen Resümee der «NZZ» vom 6. April 1971 ist allerdings nichts enthalten, was hoffen liesse, die Guerillataktik werde nun gründlich studiert.

Die alten Eidgenossen werden uns in der Primarschule immer als wuchtige Dreinschläger präsentiert. Sie waren mehr als das. In ihrer Taktik bewiesen sie auch Intelligenz, Phantasie und Unabhängigkeit von ausländischen Vorbildern. Intelligenz und Phantasie ist ohne Zweifel auch bei den modernen Eidgenossen der Studienkommission vorhanden. Nur machen sie einen eher sparsamen Gebrauch davon. Durchaus militärfreundliche Politiker finden den Bericht enttäuschend. Das ganze Opus ist eine Sammlung von schon Gehörtem und schon Gelesenem. Die Arbeitshypothese der Autoren ist die Annahme, dass die Dissuasion mit einer sehr kostspieligen, aber mangelhaft gerüsteten und ausgebildeten Konventionalarmee am besten gelingt. Die Partisanentätigkeit im Falle einer Besetzung ist in ihren Augen Notbehelf. Sie fragen sich nicht, ob eine gut organisierte, schlagkräftige und offensiv operierende Guerillaarmee «dissuasiver» wirken könnte als eine kleine «Gernegrossmachtarmee».

Mir scheint, das mindeste, was man erwarten kann, ist das ernsthafte Studium der Guerillataktik und ihre Anwendbarkeit auf unsere Verhältnisse. Es ist klar, dass man die Theorien eines Mao Tse-tung, eines Vo Nguyen Giap, eines Ernesto Guevara nicht kritiklos übernehmen kann.

Es ist aber ebenso klar, dass es im Aufbau der Guerillaverbände für junge, intelligente und phantasiebegabte Strategen ungeahnte Möglichkeiten zu schöpferischer Tätigkeit gäbe. Statt wunschdenkend anzunehmen, die Rentabilitätsrechnung des Gegners werde ihn an der Grenze erstarren lassen, wären wir gut beraten, uns mit der pessimistischen Hypothese zu befassen, wonach die «Dissuasion» nicht gelingt. Man sollte sogar – Pessimismus in der Vorbereitung! – die Besetzung als das Wahrscheinlichere betrachten und sich psychologisch auf den Besetzungsschock vorbereiten.

Eine Okkupation durch eine fremde Armee und durch ein fremdes Regime bedeutet eine unerträgliche Entwürdigung eines Volkes. Eine Okkupation ist nicht nur ein massloses Unglück, sondern auch eine äusserst schwere Prüfung. Diese wird um so eher bestanden, je besser man darauf vorbereitet ist. Der plötzliche Zusammenbruch lang gehegter Illusionen hätte einen moralischen Kollaps mit den gefährlichen Nebenerscheinungen zur Folge. Die Reaktionen auf den Okkupationsschreck wären sehr widersprüchlich. Die einen würden von einer unbezähmbaren Wut erfasst und würden sich zu Handlungen hinreissen lassen, die alles andere als «rentabel» wären. Die andern würden resignieren und sich im Gefühl der Ohnmacht in die «innere Emigration» verkriechen. Eine einheitliche Reaktion ist nicht möglich, wohl aber kann ein diszipliniertes Verhalten durch Einüben rationeller Verhaltensregeln am ehesten erzielt werden. Auch jene Leute, die weder der Armee noch dem Zivilschutz angehören, müssen genau wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Es fehlt vorläufig ein Besetzungsstatut, das heisst eine Rechtsordnung, in welcher der Begriff *Kollaboration* genau umschrieben ist. Ist als Kollaboration zu verurteilen, wenn zum Beispiel ein Verkehrspolizist seinen Dienst unter der Besetzungsmacht weiter versieht? Unklarheiten über den Kollaborationsbegriff haben nach dem Zweiten Weltkrieg zu sehr willkürlichen Verurteilungen geführt.

Kein Achilles ohne Achillesferse

Unsere Experten in militärischen Fragen sind geneigt, einer Partisanenarmee nur geringe Chancen einzuräumen, und auch die sogenannten Laien, gewohnt in herkömmlichen Kategorien zu denken, schätzen die «Konkurrenzfähigkeit» der Guerillas gering ein. Sie vergessen, dass auch eine Grossmachtarmee ihre Schwächen hat. Sie ist kompliziert, störungsanfällig und leicht verwirrbar. Es gibt keinen Achilles ohne Achillesferse.

Natürlich kann eine Guerillaarmee nicht «den Angreifer besiegen». Die Zweckbestimmung der Guerillas kann ja nicht in der unmöglichen Aufgabe bestehen, den Eindringling aus dem Lande zu verjagen. Der aktive bewaffnete Widerstand hätte hauptsächlich die Aufgabe, den moralischen Widerstand der Zivilbevölkerung zu stützen und zu beleben. Der entscheidende Widerstand ist geistiger Art. Die rein territoriale Besetzung, auch wenn sie sich über das ganze Land erstreckt, ist eine verlorene

Schlacht. Das «geistige Besetztwerden», das heisst die Akzeptierung nicht nur der fremden Gewalt, sondern auch der fremden Ideologie, wäre ein verlorener Krieg. Fremd ist jede Ideologie, die unseren Idealen der Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit zuwiderläuft. Einer Ideologie, die man als falsch und unmenschlich empfindet, kann man nicht mit Ideologielosigkeit begegnen. Zur geistigen Landesverteidigung, die sich ja gerade unter einem Besetzungsregime bewähren müsste, gehört die unerschütterliche Überzeugung, nicht nur unser nationales Recht, sondern das Recht und die Gerechtigkeit im universalen Sinn zu verteidigen. Der Generation, welche die Prüfung einer Feindbesetzung zu bestehen hätte, möchte man die Glaubenskraft eines Zwingli wünschen: «Unser Land können sie besetzen, aber unsere Seele nicht!»

Je besser ein Volk auf diese Prüfung vorbereitet ist, um so geringer ist das Risiko, sie bestehen zu müssen. Jeder Invasor hat vor der Aggression eine gewisse Hemmungsschwelle zu überwinden. Von uns aus gesehen ist dies eben die «Dissuasion». Es gibt kein Mittel, diese Schwelle unüberwindlich zu machen. Aber es kann neben der rein militärischen Vorbereitung noch sehr viel getan werden, um die Okkupationsgefahr zu mindern.

Vergessen wir nicht: Die einzige Macht, die ein Kleinstaat ausüben kann, ist ethischer Natur. Der gute Ruf eines kleinen Landes ist mehrere Divisionen wert. Dabei darf man sich natürlich nicht einbilden, blosses Wohlverhalten werde einen skrupellosen Kriegführenden daran hindern, unsere Grenzen zu überschreiten. Das nationale Ansehen ist einer unter zahlreichen andern «Dissuasionsfaktoren».

Da unser aussenpolitisches Schifflein unter der Flagge «Neutralität und Solidarität» segelt, sollte die schöne Devise auch der Wirklichkeit entsprechen. Neutral sein heisst: weder dem einen noch dem andern zugehörig. Neutral sind wir ohne Zweifel im militärischen Bereich. Sind wir es aber auch wirtschaftlich? Gehören wir weder dem kommunistischen noch dem kapitalistischen Block an? Die Gesamtverteidigung erfordert auch eine Gesamtneutralität. Die Neutralität verpflichtet uns beileibe nicht, alles Geschehen auf der Weltbühne kritiklos hinzunehmen. Aber unsere Kritik soll unabhängig, vorurteilslos und gerecht sein.

Gerechtigkeit zu üben, ist allerdings um so schwieriger, je stärker man wirtschaftlich nur mit einem der beiden antagonistischen Blöcke verbunden ist. Das Ziel unserer Bestrebungen sollte deshalb sein, mit dem Osten ebenso intensive Handelsbeziehungen zu pflegen wie mit dem Westen und eine Wirtschaftsform zu finden, die weder kommunistisch noch kapitalistisch genannt werden kann.

Die laut und ostentativ proklamierte Solidarität in aussenpolitischen Belangen macht eine sonderbare Figur, wenn man bedenkt, dass schweizerische Grossbanken ausländischen Steuerbetrügern Hehlerdienste leisten. Wohlverstanden im Namen der individuellen Freiheit und unter dem Schutz des Bankgeheimnisses. Unsere Behörden haben sicher gute Gründe,

sich über die Antipathieströmung zu beunruhigen, die seit einigen Jahren gegen unsere Grenzen brandet; denn Antipathien wirken auch «antidissuasiv». Wenn wir von unserer Regierung eine aktive Neutralitätspolitik und Friedensbemühungen erwarten, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass unser guter Ruf intakt bleibt beziehungsweise wiederhergestellt wird. Das Ansehen unseres Landes ist nämlich ein sehr wichtiger «Dissuasionsfaktor». Es ist unehrenhaft und beschämend, ausländischen Steuerdrückebergern Unterschlupf zu bieten, und es ist für die Schweiz nicht sehr schmeichelhaft, in einer Reihe mit Monaco, Lichtenstein, Luxemburg und den Bahamainseln als Asyl für Steuerdefraudanten aufgeführt zu werden.

Einen «dissuasiven» Effekt haben Ehrenhaftigkeit und Korrektheit. Eine «antidissuasive» Stimmung verbreiten Helfersdienste zugunsten der internationalen Finanzmafia. Man könnte versucht sein, über die Tugenden beziehungsweise Laster, welche «dissuasiv» oder «antidissuasiv» wirken, eine synoptische Tabelle aufzustellen. Unter der Rubrik «Dissuasiv» könnte man die *echte,* nicht nur propagandistisch aufgedunsene Solidarität nennen. Auf der Seite «Antidissuasiv» müsste man leider die sonderbare «Entwicklungshilfe» erwähnen, die darin besteht, sich an den Hilfsbedürftigen zu bereichern. «Dissuasiv» wirkt alles, was die nationale Einheit und das nationale Ansehen stärkt: die soziale Gerechtigkeit, die Festigung des demokratischen Bewusstseins, der Wille zur Unabhängigkeit, die physische und psychische Gesundheit des Volkes und die Bereitschaft, im Gesamtinteresse den persönlichen und Gruppenegoismus einzudämmen. «Antidissuasiv» wirkt alles, was die nationale Einheit und das nationale Ansehen mindert oder zerstört: Soziale Ungerechtigkeit, der Hang zur Bequemlichkeit und zu einer ungesunden Lebensweise, der übertriebene Konservativismus und das Desinteresse an aussenpolitischen Problemen.

Der Friede ist nicht ein Geschenk, sondern eine Aufgabe. Der «Friede», den wir jetzt haben, ist kein Friede, sondern die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln und andern Allianzen. Den Frieden gewinnen wir nicht durch passives Beiseitestehen, sondern durch aktive Friedensbemühungen. Friede bedeutet mehr als eine Pause zwischen zwei Kriegen. Friede bedeutet Freundschaft, Vertrauen und Solidarität zwischen den Völkern.

Die innigste Friedenssehnsucht taugt nichts, wenn sie nicht begleitet wird von unermüdlichen Anstrengungen auf politischem, wissenschaftlichem und erzieherischem Gebiet. Es nützt auch nichts, so zu tun, als wäre der Friede schon gesichert. Unserer Generation ist aufgetragen, die Ursachen der Konflikte zu erforschen, blosszulegen und bewusst zu machen. In den schweizerischen Bemühungen um den echten Frieden ist die Errichtung eines Friedensinstitutes nur der erste Schritt, und dieser Schritt ist auch der leichteste. Die Friedenskunst ist eine sehr schwierige, gedulderheischende Kunst.